

Stephan Raabe	Leiter Auslandsbüro Polen
---------------	------------------------------



## Dokumentation

Warschau, 2. Oktober 2008

### „Streben nach Hegemonie statt anspruchsvoller Regierung“

#### Eine Analyse von Jan Rokita zum Regierungssystem von Donald Tusk

*Jan Rokita ist Kommentator der Tageszeitung Dziennik, die vom Axel Springer Verlag herausgegeben wird. Bis September 2007 war er einer der führenden Politiker der liberal-konservativen „Bürgerplattform“ PO, bei den Wahlen 2005 ihr Premierministerkandidat. Kurz vor den vorgezogenen Parlamentswahlen im Oktober 2007 schied er im Streit mit dem Parteivorsitzenden Donald Tusk um Kandidatenlisten aus der Politik aus. Dabei spielte auch eine Rolle, dass seine Ehefrau Nelly Rokita-Arnold zuerst Beraterin für Frauenfragen beim polnischen Präsidenten Lech Kaczyński wurde, dem politischen Gegenspieler von Tusk, und dann für die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ PiS bei den Wahlen kandidierte. Sie ist heute Sejm-Abgeordnete. Rokita schlug das Angebot des Wechsels zur PiS aus und zog sich aus der Parteipolitik zurück. Obgleich weiter PO-Mitglied, wird er mit der am vergangenen Wochenende gegründeten Bürgerbewegung „Polska XXI“ in Verbindung gebracht, an deren Spitze neben dem Breslauer Oberbürgermeister Dutkiewicz ehemalige PiS-Politiker stehen.*

*Wir dokumentieren seine kritische, manchmal auch polemische Analyse der aktuellen Regierungsarbeit in Polen, da sie strukturelle Eigenarten und Schwächen, die von Experten – nicht nur in Polen - seit längerem beklagt werden, zur Sprache bringt. Die Anmerkungen wurden als Erläuterungen für den ausländischen Leser hinzugefügt und die fett gekennzeichneten Stellen auch im Originaltext herausgehoben. Rokita kritisiert, dass im Parlament kein wirkliches politisches Leben mehr stattfindet, die Entscheidungen von der Regierungs- und Parteiführung vorgegeben würden, eine Oligarchisierung der Parteiführung und eine Monarchisierung des Kabinetts sich vollzogen habe. Trotz der Machtkonzentration, Rokita spricht von einem „autonomen Regierungssystem“, gebe es aber bisher keine ambitionierte Regierungsarbeit. Die Regierung sei konzept- und tatenlos und gehe die politischen Herausforderungen mit ihrem minimalistischen Programm nicht an. Weil die Regierung keine Agenda habe, ruddere sie nicht, sondern schwimme nur mit dem Strom. Für den Autor erklärt sich dies mit dem Streben Tusks nach der Staatspräsidentschaft. In einem Interview mit dem Magazin Polityka erklärte Tusk diese Tage, bei den Präsidentschaftswahlen 2010 sehe es im Moment nach einem Duell zwischen ihm und Amtsinhaber Kaczyński aus.*

*Unterdessen will die Regierung Tusk, die nach wie vor hohe Zustimmungswerte hat, in einer von der Presse „Oktoberrevolution“ genannten Initiative die Deregulierung, die Reformen des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherungssysteme sowie des Bildungsbereichs voranbringen.*

Jan Rokita, Tageszeitung Dziennik, 5.9.2008, S.1, 16/17:

## **Die persönlichen Herrschaftsstrukturen des Donald Tusk**

### **Jan Rokita beschreibt das übliche Regierungsmodell des Premiers**

Ein System persönlicher Herrschaftsstrukturen von Donald Tusk bestimmt heute die Grundgestalt der politischen Macht in Polen heute. Persönliche Herrschaft darf man natürlich nicht mit Diktatur oder irgendeiner anderen Form von Tyrannei verwechseln. Von der Tyrannei unterscheidet sie im Allgemeinen die Legitimation. Eine Tyrannei ist von Natur aus das Ergebnis einer früheren Unterdrückung und besitzt somit keine hinreichende Begründung hinsichtlich ihrer Entstehung. Im Gegensatz dazu stehen persönliche Regierungsstile. Sie sind nicht nur auf völlig legitime und somit auch legale Weise entstanden, sondern benötigen auch zum Überleben wiederholte Zeugnisse einer bleibenden starken Unterstützung. Von einer Diktatur unterscheiden sich diese Herrschaftsformen insbesondere dadurch, dass sie die normale Arbeit der grundlegenden politischen Institutionen nicht außer Kraft setzen. Während sie das Funktionieren dieser Institutionen beibehalten, beschränken sie jedoch ihre reale politische Macht.

In der Zeit der neuen Unabhängigkeit ist Polen schon einmal durch eine kurze Zeit persönlicher Herrschaftsstrukturen gegangen. Das war die Regierung von Tadeusz Mazowiecki, welche bis in den späten Frühling 1990 dauerte, als Lech Wałęsa diese Strukturen der notwendigen Stärke und Unterstützung beraubte. Die Legitimation dieser Regierung hatte einen besonderen Charakter, welcher aus der Welle politischer Umbrüche in Mitteleuropa resultierte. Heute ist es natürlich anders. Es ist kein besonderer historischer Prozess im Gange, welcher der gegenwärtigen Regierung in Polen eine gute Begründung liefern könnte. Trotzdem hat sich in einer gewöhnlichen Situation ein solches Modell der Regierungsausübung herausgebildet. Das Gefühl, dass sich etwas im Mechanismus der polnischen Politik im Laufe des letzten Jahres verändert hat und dass dies keine unwichtige Veränderung gewesen ist, ist allgemein vorhanden. Um diese Veränderung zu verstehen und zu bewerten, muss man versuchen, ein Modell zu entwickeln, welches in der Lage sein sollte, ihre tiefere politische Natur zu begreifen. Die Entwicklung von Modellen ist immer gedanklich risikoreich. Daher konzentriert sich unsere Aufmerksamkeit sehr oft auf interessante, aber oberflächliche Beobachtungen. Diskussionen und Kommentare kreisen also hauptsächlich um zwei Erscheinungen in der polnischen Politik, deren Entstehung nicht ganz klar ist: um den allumfassenden Konflikt zwischen PO und PiS sowie um den die Beobachter aufgrund seiner Paradoxie in Staunen versetzenden Mangel an Initiative der sehr starken polnischen Regierung. Die letztere Erscheinung ist in letzter Zeit ein Leitmotiv wichtiger ausländischer Analysen geworden (beispielsweise ein langer Text in The Economist).

Das persönliche Herrschaftssystem hat wesentliche Veränderungen einiger wichtiger politischer Institutionen im Hinblick auf ihren wirklichen Einfluss auf die Gestaltung der Politik und ihre reelle nicht rechtliche politische Natur zur Folge. Die Veränderung bezieht sich vor allem auf das Parlament. **Der Sejm verlor seine Bedeutung als der Ort, an dem man Ent-**

**scheidungen ausarbeitet und sie schließlich fällt. Auch aus dem Blickwinkel der öffentlichen Meinung ist er nicht mehr der gesetzgeberisch relevante Ort, nein, er hat sogar seine Bedeutung als ein Ort politischer Propaganda verloren. Im Ursprung dieser Veränderungen befindet sich der Mangel an Parlamentariern, welche souverän Bewertungen formulieren oder auf eine Weise tätig werden, dass ihre Tätigkeiten für die Gestaltung der Politik relevant wären.** Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Die Parlamentarier vertreten weder ihre eigene noch die für eine Gruppe repräsentative Meinung hinsichtlich einer Staatsfrage; ein Politiker aus dem Regierungslager tut dies erst recht nicht. Die Geschichte über einen vertraulichen Sprechzettel aus dem Amt des Premiers mit kompetenten Formulierungen, welche die Abgeordneten der Regierungspartei am gegebenen Tag in allen öffentlichen Verlautbarungen verwenden sollen, ist ein empirisches und – um nicht allzu viele Worte zu sagen – sehr bedauerliches Zeugnis parlamentarischer Dummheit, und keine lustige Volksanekdote über wenig schlaue Abgeordnete. Die Verantwortung eines Parlamentariers in einem System persönlicher Herrschaftsstränge reduziert sich auf die Pflicht einer enthusiastischen Manifestation der Unterstützung und des Vertrauens für den Führer und – was sehr wichtig ist – zudem auf die Pflicht, Gelegenheiten für diese Bekundungen selber und häufig zu finden. Auch auf die Pflicht, die Gegner der Führung ununterbrochen zu verurteilen und sie lächerlich zu machen – beides am besten auf eine brutale Art und Weise, da diese, wie Analysten der Politik behaupten, am stärksten im öffentlichen Gedächtnis hängen bleiben (siehe das Interview mit Erik Mistewicz).

Die Abnahme an politischer Bedeutung des Parlaments ist stark vorangeschritten als der von mir beschriebene Mechanismus begonnen hat, über die Arbeitsweise der Ausschüsse des Sejms zu herrschen. Noch vor nicht allzu langer Zeit wurden die politischen Konflikte während der Ausschusssitzungen nicht nach dem Motto „Schau in den Spiegel, wie siehst du denn aus“ (unter den weiblichen Abgeordneten) oder auch etwas stärker „bald werden wir eure Dummheiten beenden“ (unter den Abgeordneten) ausgetragen. In dieser Situation verlieren auch Schlüsselinstitutionen des Parlaments an Bedeutung. Es ist evident, dass das Amt des Parlamentspräsidenten nicht mehr wie früher ein Instrument ist, um automatisch Autorität zu entwickeln. Der Trend wird auch gut deutlich, wenn man sich die personelle Abfolge für das Amt des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Sejm ansieht (mit Ausnahme von Politikern der SLD: Geremek, Bielecki, Zalewski, Lisek)<sup>1</sup>. Die Bedeutung der Abgeordnetenkammer reduziert sich schrittweise darauf, ein Filmband zu sein, das stillsteht, während ständig Umfragewerte vorbeifließen.

Man könnte fragen, ob der große Bildschirm, der gegenüber dem Sitz des Premiers aufgestellt ist, der zeigt, welcher Gesetzestext die benötigte Mehrheit erhalten und welcher aufgrund des Mangels an Mehrheit abgelehnt wurde, nicht auch effektiv und effizient in die heutige Rolle des Sejms schlüpfen könnte. Auf jeden Fall sind die Abgeordneten, welchen das für jegliche

---

<sup>1</sup> *Prof. Bronisław Geremek*, 1932 – 2008, Historiker, Berater der Solidarność, liberaler Politiker, 1997 – 2000 Außenminister, seit 2004 Mitglied des EU-Parlaments; *Jan Krzysztof Bielecki*, Jg. 1951, Wirtschaftsberater der Solidarność, liberaler Politiker, 1991 Ministerpräsident, 1992/93 Minister für europäische Integration; *Pawel Zalewski*, Jg. 1964, Historiker, konservativer Politiker, 2005-07 PiS-Abgeordneter, seit 2007 unabhängiger Abgeordneter; *Krzysztof Lisek*, Jg. 1967, seit 2005 Abgeordneter und internationaler Sekretär der PO.

Politik konstitutive Recht auf Bewertung von Staatsfragen fehlt, umso mehr der politischen Initiative verlustig geworden. Im Sejm findet demnach kein wirkliches politisches Leben mehr statt.

### Höfische Parteien

Die zweite Institution, deren reale Funktion sich erheblich unter den Bedingung der persönlichen Herrschaft Tusks gewandelt hat, ist die Regierungspartei. Ihre traditionelle Rolle erfüllte sie in der ständigen Interaktion mit der eigenen Regierung, einmal, um irgendwelche ideologischen Präferenzen auszudrücken, häufiger jedoch um die innerparteilich entstandenen Interessen und Ansprüche zu artikulieren und sie durchzusetzen. Diese Interaktion trägt dazu bei, die Spanne zwischen den Aspirationen der Regierung und den Ansprüchen der Leute, welche oft sozialpolitischer Natur sind, zu verkleinern. Oft hat diese Interaktion zur Schwächung der reformerischen Ambitionen des Premiers und der Minister beigetragen. Sie errichtete und ruinierte die Karrieren verschiedener Funktionäre staatlicher Institutionen. Die Existenz dieser Interaktionen war der Grund dafür, dass die Regierungspartei tatsächlich die für die wirkliche Politik relevanten Fragen erörterte, im Gegensatz zur Oppositionspartei, welche zur inneren Leblösigkeit oder zu inneren Intrigen, die nichts mit den realen Staatsgeschicken gemein hatten, verdammt war. Diese Zeiten sind nun – mit dem aufkommen des Systems persönlicher Herrschaft – vorbei. **Die Regierungspartei übt nicht mehr ihre traditionellen Funktionen aus. Sie entwickelt keine Ideen mehr, da jede Idee morgen schon eine unerwartete Gefahr für die innerparteiliche Autorität des Parteivorsitzenden darstellen kann, von dem man keine Loyalität gegenüber Ideen erwarten kann und sollte. Die Unbekümmertheit, mit welcher die Politiker aus dem Regierungslager zunächst recht hart gegen, danach jedoch für den US-Raketenschild argumentiert hatten, ist eines von vielen solcher Beispiele. Aber die Regierungspartei ist auch nicht mehr der Ort der natürlichen Organisation und Artikulierung verschiedener politischer Interessen.** Man kann ein sehr interessantes Phänomen beobachten, nämlich das Absterben oder die tiefe Konspiration von Interessen, denen meist ein schwer zu verifizierender Verdacht auf Nichtlegitimität durch die Führung angehängt wurde. Selbst vorher gut organisierte innerparteiliche Interessen werden durch die Meinung „hör mal, angeblich ist Donald dagegen“ zunichte gemacht. So oder so ist das Leben aus der Regierungspartei gewichen; es gibt – das mag paradox klingen – einfach keine Partei, die formal regiert in der wirklichen Politik.

Politisch handelnde Subjekte befinden sich hingegen in der Umgebung des Premiers. Über dieses Thema hat man einige interessante, manchmal böse Texte geschrieben, da die Frage eines „Hofes“ sich besonders für Bösartigkeit und Sarkasmus eignet. Professor Paweł Śpiewak<sup>2</sup> hat den Prozess der Oligarchisierung der Parteiführung in Polen überhaupt sehr interessant analysiert; ein besonderes Augenmerk legte er auf den übergroßen Einfluss der fast unbeschränkten Verfügung der Parteiführung über riesige Gelder, welche vom Staat an die Parteien zum Zweck der Verfestigung innerparteilicher oligarchischer Strukturen überwiesen

---

<sup>2</sup> Bekannter Warschauer Soziologieprofessor, Publizist und Kommentator; Vater des Begriffs der „IV. Republik“; 2005 – 2007 Sejm-Abgeordneter der PO und stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

werden. Um diese Analyse nutzen zu können, ist es wichtig zu wissen, dass ein System persönlicher Herrschaftsstrukturen bewirkt, dass sich ein überaus klassisches und – man könnte beinahe denken – nur noch in der historischen Literatur oder in primitiven Staaten der Dritten Welt anzutreffendes Regierungsmodell ausbildet. Darin kommt ein so genannter Majordomus vor, der mit einer gewissen Portion Unabhängigkeit einen großen Teil der Geschäfte führt; immer gibt es einen Liebling des Herrschers; es gibt einen Mundschenk oder einen, der sehr praktische geringe Güter liefert; es gibt sogar einen einflussreichen Narren, der für eine gewisse institutionalisierte Heiterkeit zuständig ist. Die Angelegenheit ist allerdings keine Anekdote. Die Sache ist die, dass in dem Maße, wie die Parteiendemokratie des 20. Jahrhunderts die klassische Umgebung einer Regierung durch ein Netz an Parteiorganisationen mit ihrer ganzen Unansehnlichkeit der Funktionen, die durch dieses Netz erfüllt werden, einerseits ersetzt hatte, das Modell persönlicher Herrschaftsausübung andererseits diese höfische Regierungsstrukturen wiederherstellt, indem es die Partei ihres Innenlebens beraubt. Denn das Regierungssystem lässt keine Leere, kein Vakuum zu, und das Nichtengagement der Partei in der wirklichen Politik muss irgendwie ersetzt werden.

### **Die beherrschten Minister**

Persönliche Regierungsstrukturen verändern auch das politische Wesen des Ministerrats (Kabinett). Unabhängig von der Klassifizierung als Kanzlerkabinetts- oder parlamentarisch kabinettorientiertes Modell des Ministerrates, sind die Minister kurz gesagt nicht deswegen Teil des Rates, weil es der Premier so wollte. Diese hintergründigen Ursachen der Anwesenheit dieser Minister in der Regierung bestimmen meist den politischen Charakter der Regierung selbst. Wenn außergewöhnliche inhaltliche Kompetenzen für die Mitgliedschaft im Kabinett ausschlaggebend sind, ist der Expertencharakter der Regierung evident; eine zusätzliche Stütze der Minister stellen dann die Universitäten und die gesellschaftliche Elite des Landes dar. Wenn die durch innerparteiliche Wahlen gefestigte Stellung der Minister in der Parteihierarchie ausschlaggebend ist, stellt die Regierung praktisch das Exekutivkomitee der Partei dar, welche de facto die Macht innehat. Wenn die persönliche Popularität der Minister entscheidend ist, kommen die Regierungsmitglieder in der Regel von außerhalb des Parlaments und die Regierung selber haftet ein populistischer Charakter an. Auf jeden Fall geht es darum, dass von diesen hintergründigen Motiven das faktische Regierungsmodell im hohen Grade abhängig ist. Persönliche Regierungsstrukturen hingegen sind dadurch charakterisiert, dass ihnen diese hintergründigen Ursachen der Ministerwahl fehlen. Beim näheren Hinsehen auf das gegenwärtige Kabinett wird die Tatsache evident, dass der einzige Grund ihrer Mitgliedschaft in der Regierung im Willen ihres Chefs liegt. Und aus seinem Willen können sie von Tag zu Tag im Kabinett bleiben. Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, dass, so wie die Regierungsfraktion im Sejm nicht nach den Kriterien Eignung und Können, sondern nach ihrer Einsatzbereitschaft zusammengesetzt wurde, die Sache hinsichtlich der Regierung sehr ähnlich aussieht. Der einzige Unterschied ist wohl, dass im Falle des Kabinetts das wichtigste Kriterium statt der Einsatzbereitschaft eher die Leichtigkeit war, mit der man die Kandidaten in Zukunft von ihren Ämtern entfernen könnte. Im Endeffekt verfügt der gegenwärtige Premier über eine fast unbeschränkte Befähigung, die Zusammensetzung des Kabinetts im

Bedarfsfall zu verändern, praktisch ohne dass dadurch irgendeine Krise drohte und ohne einen größeren Preis dafür zahlen zu müssen, als das nur einige Tage währende Interessen der Zeitungen. Im Grunde genommen ist Waldemar Pawlak die einzige Ausnahme auf dieser Karte, für dessen Mitgliedschaft im Kabinett eben etwas anderes ursächlich ist als der Wille des Führers, nämlich der Druck der Koalitionspartei. Es ist nicht ganz klar, wie es im Fall von Landwirtschaftsminister Sawicki steht. Es ist nicht auszuschließen, dass, wenn er wirklich eine weitere „Partei“ innerhalb der PSL aufgebaut hat, welche mit dem Vorsitzenden Pawlak rivalisiert, seine Regierungs-Subjektivität sowie der Preis für seine politische Beseitigung tatsächlich gestiegen sein könnte.<sup>3</sup> Und das ist dann auch das Ende der Liste.

Das natürliche Resultat einer fehlenden politischen Tatkraft der Kabinettsmitglieder ist ihre Unterlegenheit im Verhältnis zum Premier. Logischerweise lässt solch eine Art der Kabinettskonstruktion die Vermutung aufkommen, dass ein besonders ambitionierter und risikoreicher Regierungsplan des Premiers existiert, für den er eine völlige Abhängigkeit der Minister von seiner Person benötigt. Durch die Arbeit mit den Kategorien des deutschen Kanzlersystems erlangte der Premier eine in Polen verfassungsrechtlich nicht garantierte Freiheit, so genannte Richtlinien der Politik in jedem Ressort zu bestimmen und durchzusetzen. Man könnte also erwarten, dass jedes Kabinettsmitglied ein Portfolio vom Premier erhalten hatte, das Aufgaben, Termine ihrer Durchführung und Bewertungskriterien – also drei Instrumente des Kanzleramtes enthielt. Die umgebaute Premierminister Kanzlei ist das Zentrum des policy making, sprich: sie beschäftigt sich mit dem strategischen Planen, Korrigieren und Abrechnen durch die Amts Strukturen. Denn andererseits könnte man naiv fragen: Aus welchem Grund sonst sollte man überhaupt so ein System schaffen? Es ist offensichtlich, dass ohne einen perfekt organisierten, zum Machtzentrum Signale schickenden Mechanismus jedes Kabinett innerlich sich blockieren würde. Denn es existiert kein Kanzlersystem ohne den Kanzler und die Kanzlerbehörde.<sup>4</sup>

### **Die Flucht vor dem Ehrgeiz**

Es ist leicht zu erkennen, dass ein ehrgeiziges regieren auch mit den bereits erwähnten Veränderungen des Parlamentes und der regierenden Partei verbunden ist. Wie es in der Politik so üblich ist, bekommt man das eine für den Preis des anderen. Es stimmt jedoch, dass in einem längeren Zeitraum die beschriebenen Umwandlungen zur Degeneration des Parlamentes und der regierenden Partei führen. Große, sehr kostenaufwendige Parteien und vor allem aufwendige politische Institutionen müssen im Grunde zum dem Bösen führen, dass vom Ausschuss zur Rywin-Affäre<sup>5</sup> aufgedeckt wurde. Wenn wir eine Fassade zu sehen bekommen muss sie

<sup>3</sup> Die PO regiert in einer Koalition mit der ländlich orientierten Polnischen Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL), die bei den Wahlen 2007 8,9 % erhielt (PO 41,5 %).

<sup>4</sup> Donald Tusk hat sich in der Premier-Kanzlei einen Führungsstab von 12 Mitarbeitern geschaffen: einen Minister ohne Geschäftsbereich, den Chef der Kanzlei, acht Staatssekretäre, darunter fünf Abgeordnete, und zwei Unterstaatssekretär für verschiedene Politikbereiche. Einen ähnlichen Führungsstab gab es auch in den vorhergehenden PiS-Regierungen von Jarosław Kaczyński und Kazimierz Marcinkiewicz von 2005 – 2007.

<sup>5</sup> Die Rywin-Affäre ist ein in Polen seit Ende 2002 andauernder und bis heute nicht abschließend aufgeklärter Korruptionsskandal. Sie ist benannt nach dem polnischen Filmproduzenten Lew Rywin (unter anderem „Der Pianist“, „Schindlers Liste“, „Hitlerjunge Salomon“), der 2002 in der Zeit der postkommunistischen Regierung mit Geld die Mediengesetzgebung beeinflussen wollte.

auch einen Hintergrund haben. Früher oder später wird man wieder ihren deformierten Charakter entdecken. Auf kurze Zeit jedoch kann man durch ein autonomes Regieren eine wichtige politische Bedeutung erzielen. Gemeint ist hier die Effektivität des Regierens. Ein ehrgeiziger Anführer muss in der Nacht nicht schweißgebadet aufwachen, wenn er von den berühmten drei Alpträumen träumt: dem Parlament, den eigenen Ministern und der eigenen Partei.

Zur vollen Echtheit der Eindrücke muss man zugeben, dass die Breite der Umwandlungen des Staates durch das autonome Regieren von Tusk von zwei Seiten eingeschränkt wird. Die erste Seite wurde bereits erwähnt, denn es ist der Koalitionspartner. Von Zeit zu Zeit kann diese Einschränkung ziemlich störend sein, da jede Partei über klar definierte und vernehmbare Interessen verfügt. Dies betrifft die folgenden drei Gebiete: die Bewahrung der finanziellen Privilegien der Bauern, verdächtige wirtschaftliche Interessen mit dem Osten und die Erhaltung der primitiven mit dem Forstwesen und den Dörfern verbundenen Parteienomenklatur aus dem Budget. **Die zweite Seite ist mit der eher Propaganda mäßigen und nicht realen Benutzung der Drohung des legislativen Vetos des Präsidenten im Zusammenspiel mit der links Partei verbunden.**<sup>6</sup> Diese Einschränkung wurde eigentlich nur einmal angewendet und zwar in Verbindung mit dem Versuch der PO die politische Kontrolle über die öffentlichen Fernsehsender zu übernehmen.

**Besonders interessant erweist sich jedoch die eigene innerliche Einschränkung, welche das System für sich selbst geschaffen hatte. Die Frage lautet also: Ist es möglich, dass ein autonomes Regierungssystem, was zum Zweck einer ehrgeizigen Politik geschaffen wurde, eine ehrgeizlose Politik produziert? Ehrgeiz im Guten oder im Bösen?** Wenn man einen Augenblick lang sich über den psychologischen Charakter dieser Frage Gedanken machen würde, würde man zugeben, dass man diese Frage auch anders stellen kann: Warum schafft ein Politiker, der die Legitimation für das Regieren nicht geerbt hat, sondern sie durch das eigene Charisma, Brutalität und Findigkeit gewonnen hat, ein solches System, das seinen Ehrgeiz so minimalistisch einschränkt? Warum hat der Premierminister sich seit der Zeit des Regierungsprogramms kein anderes Ziel gesetzt, als das Bauen von einheimischen Fußballfeldern? Ein einfaches, klares und ehrgeiziges Projekt mit vorhersehbaren Wirkungen. So sollte eigentlich die ganze Politik unter solchen zugänglichen Bedingungen aussehen.

### **Die versäumte Chance**

**Zufällig hat es sich herausgestellt, dass trotz der vielen negativen und positiven Seiten des autonomen Regierungssystems dieses eine sehr gute Antwort auf den historischen Moment, in dem sich Polen gerade befindet, darstellt. Nach zwei Jahrzehnten der polnischen Unabhängigkeit braucht das Land einen großen modernisierenden Antrieb. Denn es kann sich ergeben, dass der vor zwanzig Jahren gewählte Weg doch nicht so sicher ist, wie man es sich damals vorgestellt hatte. Dafür gibt es viele Gründe. Zusammen mit der russischen Aggression in der Kaukasus Region kommt nach einer kurzen Pause**

---

<sup>6</sup> Der Staatspräsident kann laut Verfassung gegen Gesetzesvorhaben ein Veto einlegen, welches vom Sejm mit einer Mehrheit von 60 % überstimmt werden kann. Dafür benötigt die Koalition von PO und PSL allerdings 16 Stimmen der Linken oder der PiS.

**wieder der Aspekt der elementaren Lebenssicherheit auf.** Das durchgehende Defizit an Energie, das unsere Lebensqualität beeinträchtigen wird, erwartet uns - falls man seriösen Quellen Glauben schenken soll - ab dem Jahre 2013. Nicht viel später haben wir die Chance, die älteste Nation der Union zu werden, mit den Folgen für die innere und die äußere Bedeutung des Landes wie auch für die Perspektive der kommenden Generationen der Polen. Heute wissen wir schon, dass das Rentensystem keine Zukunft hat, wenn wir es aus Angst in der jetzigen Gestalt lassen. Die polnische Schule - wie befürchtet - unterliegt denselben Prozessen von Qualitätsverlust, die schon die ganze demokratische Welt erfahren hatte. Obendrein funktioniert die konstitutionelle Staatsform in vielen wichtigen Aspekten, wie zum Beispiel in der Exekutive, nicht den Vorstellungen entsprechend. Der politische Standard, der sich nach dem Rywin-Skandal gewaltig bessern sollte, hat sich leider nicht verändert. Die Zeiten in denen wir leben, verschaffen uns die Möglichkeit diese Tatsachen zu erkennen. So wie Burke schon einmal klug festgestellt hatte: Die Gesellschaft entwickelt eine Partnerschaft zwischen denen die leben, denen die schon gestorben sind und denen die noch auf die Welt kommen werden. Wenn man auf diese Weise Polen sieht, dann ist die minimalistische Politik heutzutage nicht mehr ausreichend. Diese Minimalistik entwickelt sich oft durch die Abwesenheit langfristiger Ziele in der politischen Planung des Staates. Wohl bekannt ist die ewige Schwäche jeder demokratischen Regierung zur Aufschiebung aller bedeutenden Aspekte, die politische Probleme bereiten könnten und dessen schlechte Folgen sich noch vor den nächsten Wahlen zeigen könnten. Die jetzige Regierung hat aus dieser Doktrin ein System gemacht. Doch der wesentliche Kern des Phänomens, das ich hier minimalistische oder ehrgeizlose Politik nenne, hat einen etwas anderen Charakter. Eine Regierung, welcher es an politischer Ambition mangelt, ist eine Regierung, der es an einer eigenen Staatsagenda mangelt. Eine ambitionierte Politik ist eine Politik, welche eine eigene Agenda mit Bestimmungen und Zielen, die der Staat erreichen soll, setzt, und welche versucht, sich an diese Agenda trotz allen äußeren Drucks zu halten. Der Mangel an eigener staatlicher Agenda von Seiten des Premiers wurde zum ersten Mal spektakulär in seiner Vorstellung des Regierungsprogramms deutlich; seitdem hat sich im Hinblick darauf nicht viel verändert. Eine Regierung ohne Agenda rudert nicht, sondern schwimmt mit dem Strom. Die Gegner des Premiers beschreiben diesen Zustand recht platt als Nichtstun oder Faulheit. Meist wird auf das unkluge Argument der geringen Anzahl der verabschiedeten Gesetze verwiesen. Indessen besteht ein großer Unterschied zwischen dem Mangel an Aktivität auf dem politischen Feld und dem Mangel an politischer Initiative, die nur auf der Grundlage eigener Ideen und eines eigenen politischen Plans wachsen kann. **Dieses schmerzliche Defizit der eigenen, von niemandem geliehenen oder durch den Lauf der Ereignisse erzwungenen Initiative der Regierung wurde letztens durch den Krieg im Kaukasus evident. Die Initiative, welche Polens Stellung im Hinblick auf diesen Krieg bestimmte, führte der Präsident mit dem ihm eigenen Charme eines Elefanten im Porzellanladen, während die Linke seiner Initiative ein deutliches Kontra gegeben hat.**

### **Der Apfel Sodoms**

Ich bin immer mehr der Meinung, dass die Ursache dieses Sachverhaltes in der Lokalisierung der Ambitionen des Premiers auf einem ganz anderen Feld liegt. Das hieße, dass die wenig

ehrzeilige Staatspolitik nicht das Resultat von Schwäche, Unfähigkeit oder von einem taktischen Warten auf den passenden Moment ist. Ich denke, dass sie eher das Nebenprodukt der klassischen, etwas cäsarischen Art und Weise ist, wie Macht gesehen und behandelt wird. Die letzte Begründung für den Aufbau eines Systems persönlicher Herrschaftsstrukturen scheint das Erlangen einer gewöhnlichen Hobbesschen Herrschaft, also Hegemonie, zu sein. Die Hegemonie wird so zum inneren Ziel des Systems und benötigt keine äußeren Bestätigungen mehr. Deshalb muss man die Macht, die man kumuliert, weder für Veränderung im Staat und noch nicht einmal zur eigenen Annehmlichkeit gebrauchen. Es ist doch charakteristisch, dass der umgangssprachlich so genannte „Hof“ Tusks fast ganz der Neigung des ach so höfischen Planschens in den Privilegien der Macht entsagt. Denn der Gebrauch von Macht geht unausweichlich mit deren Verbrauch einher, ohne Rücksicht darauf, mit welcher Zielsetzung man von ihr Gebrauch macht. **Einer der britischen Premiers sagte einst im Unterhaus, dass er sich fühle, als wäre er „in office“, aber nicht „in power“. Es scheint, dass der polnische Premier dieses Gefühl teilt. „In office“ zu sein, also das sogar einflussreichste Staatsamt zu bekleiden, heißt lediglich auf dem Weg zu einem sehr viel größeren Ziel zu sein, zur wirklichen stets unerreichten politischen Hegemonie.** Heute bedeutet das „in power“ zu sein die Präsidentschaft zu erreichen, obwohl sie doch um ein Vielfaches weniger reale Einflussinstrumente, d.h. wirkliche Macht und nicht zeremonielle, bietet. Und im Hinblick auf dieses Ziel bedeutet „in power“ zu sein, auch die gesamte Staatspolitik zu relativieren – mit dem ganzen unabwendbaren Schaden für das Gemeinwohl, der damit verbunden ist. Aber sogar wenn man diese Präsidentschaft unter großen Mühen erreichen würde, würde die Vision einer politischen Hegemonie in weitere Ferne rücken. Denn wird sich in Kürze zeigen, dass den wirklichen Einfluss auf die Realität andere ausüben werden, jüngere, welche nicht wie heute auf Befehle warten, die nicht erteilt werden.

Der Historiker und Journalist, Bernard Levin, erinnerte in den 90er Jahren an die politische Karriere des konservativen britischen Premiers aus der Mitte des 20. Jahrhunderts, Harold MacMillan. Levin behauptete, dass der Weg MacMillans an die Spitze der Tories und Großbritanniens durch „Brutalität, Gerissenheit und Machtgier gekennzeichnet war, welche man sonst nur auf Treffen von Mafiabossen findet. Als jedoch MacMillan alle seine Rivalen ausgeschaltet und den Gipfel der Macht erreicht hatte“, so Levin weiter, „sagte er eines Tages: dort war nur der Apfel Sodoms.“ Der Apfel Sodoms, also die Frucht des Teufels, kommt aus der Wüste am Toten Meer. Angeblich ist er so schön, dass er eine Versuchung für die Augen darstellt. Berührt er jedoch die Lippen, zerfällt er in schwarzes Pulver.

Arbeitsübersetzung von Karolina Ryszka & Aleksandra Korybut Woroniecka (Praktikanten der KAS-Warschau); Redaktion Stephan Raabe.